

1) ECOSOC: Abschluss der ordentlichen Ratstagung 1992

Am Freitag, den 31. Juli 1992 fand in New York nach fünf Sitzungswochen die ordentliche Ratstagung des ECOSOC für 1992 ihren Abschluss. Die diesjährige Session fand - gestützt auf die Resolution 45/264 der UNO-Generalversammlung zur Revitalisierung des ECOSOC - erstmals in konsolidierter Form statt. Der Sozial- und der Wirtschaftsausschuss tagten im Gegensatz zu den in der Vergangenheit abgehaltenen separaten Frühjahrs- und Sommersessionen in New York und Genf deshalb gleichzeitig. "Pièce de resistance" des revitalisierten ECOSOC bildete dieses Jahr das vom 6. bis 8. Juli 1992 erstmals durchgeführte "High Level Segment", welches die Rolle des UNO-Systems zur Stärkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit behandelte und an welchem sich die schweizerische Delegation unter der Leitung von Botschafter F. Nordmann beteiligte (vgl. Beitrag im Wochentelex vom 13. Juli 1992).

Gesamthaft muss die diesjährige Ratstagung als enttäuschend bezeichnet werden. Wie bereits anlässlich des "High Level Segments" festgestellt werden konnte, hat der erste Schritt in Richtung einer Neuumschreibung und relevanteren Gestaltung der Arbeitsweise des Rats noch nicht die erhofften Verbesserungen gebracht. Sowohl das Koordinationssegment (Schwerpunktthemen: "Eliminierung der Armut" sowie "Verhinderung und Kontrolle von HIV/AIDS") als auch die Plenardebatte über die operationellen Aktivitäten resultierten lediglich in unverbindlichen Zusammenfassungen der Debatten durch den eine schwache Figur bietenden polnischen Ratsvorsitzenden. Zudem wurden sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen Bereich die bereits in der Vergangenheit üblichen langatmigen Debatten zu technischen Einzelthemen abgehalten, die zu einem grossen Teil nochmals durch die Generalversammlung aufgegriffen werden. Zur Hoffnung Anlass gibt, dass eines dieser Themen der nächste Schritt in Richtung einer weiteren Revitalisierung des ECOSOC sein wird. Wie weit die relativ enttäuschenden, an der diesjährigen Session gemachten Erfahrungen dabei umgesetzt und in Richtung einer straffereren, vor allem im Koordinationsbereich relevanteren Funktionsweise des Rats überführt werden können, muss sich erst noch weisen.

Aus der Fülle der vom Rat verabschiedeten Resolutionen und Entscheide sind die folgenden kurz hervorzuheben: Zur Weiterführung der Reformdiskussion im Bereich der operationellen Aktivitäten hat der ECOSOC beschlossen, unter dem Vorsitz des Ratspräsidenten eine ab Anfang September 1992 tagende informelle Arbeitsgruppe zu konstituieren, welche die entsprechende Debatte der 47. UNO-GV vorbereiten soll; auf einen entsprechenden Antrag der regionalen Wirtschaftskommission für Asien und den Pazifik bewilligte der Rat die Aufnahme Kazachstans, Uzbekistans, Aserbeidjans, Kirgizistans, Tadjikistans und Turkmenistans als Mitglieder dieser Kommission (der Antrag um gleichzeitige Mitgliedschaft Aserbeidjans, Kirgizistans, Uzbekistans und Turkmenistans in der ECE wurde dem Rat dieses Jahr noch nicht unterbreitet); ferner beantragte der Rat der 47. UNO-GV die Durchführung eines Weltsozialgipfels 1995; zudem beschloss der ECOSOC, die vom 5. bis 14. September 1994 angesetzte UNO-Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo durchzuführen.

Die schweizerische Delegation, die unter der Leitung von Botschafter J. Manz stand, ergriff zu drei Traktandenpunkten ("Eliminierung der Armut", "Operationelle Aktivitäten des UNO-Systems", "Humanitäre Koordination") das Wort und kündigte zudem im Rahmen eines Informationsaustausches über den institutionellen "follow-up" zur UNCED formell das sehr wohlwollend aufgenommene schweizerische Angebot zur Beherbergung des durch die UNO-GV zu schaffenden Sekretariats der Kommission für eine nachhaltige Entwicklung an. Im übrigen hat die Schweiz Resolutionsentwürfe zu den folgenden Themen mitunterstützt: "Aktivitäten des UNO-Systems in den baltischen Staaten und der GUS", "Genfer Gipfel über die wirtschaftliche Förderung ländlicher Frauen", "Verbesserung des Zugangs zum Informatiksystem der UNO" sowie die Statusresolution zu den UNO-Menschenrechtspakten.

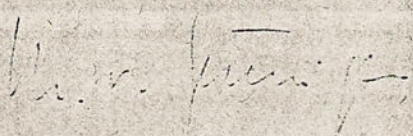


2) Besuch von John FRU NDI, Chairman der "Social Democratic Front" Kameruns,
Bern, 30. Juli 1992

Der Chairman der wichtigen kamerunischen Oppositionspartei "Social Democratic Front" (SDF), John FRU NDI (F) sowie dessen Begleiter Nyo WAKAI, Chief Justice, und der persönliche Assistent Marius TEGOMOH wurden am 30. Juli 1992 von Andri Bisaz (DEH), Anne Meylan-de Riedmatten (PA III), Andrea Reichlin (DVR), Thomas Eggenberger (BAWI) und Daniel Haener (PA II) empfangen. Im Zentrum der Gespräche standen Probleme des **Demokratisierungsprozesses** in Kamerun sowie die **Entwicklungszusammenarbeit**.

Auf einen Uebergang vom Einparteienstaat zu **demokratischem Pluralismus** mit Gewaltentrennung zielt **innerer und äusserer Druck** (bürgerlicher Ungehorsam durch verweigerte Steuerzahlungen, Konditionen für Weltbankkredite). Die **Menschenrechtssituation** ist nach wie vor **ungenügend**. Es kommt immer wieder zu Opfern politischer Gewalt. Nach dem Boykott der Parlamentswahlen im März will sich nun die hauptsächlich anglophone SDF an den kommenden **Gemeinde- und Präsidentschaftswahlen** beteiligen. Sie legt Wert auf Gewalttrennung, Dezentralisierung, transparente Verantwortlichkeiten und eine Respektierung der Verfassung. Von der **Schweiz** wird eine **Einflussnahme zugunsten weiterer Demokratisierungsschritte** sowie technische **Hilfe bei der Durchführung der Wahlen** erbeten (Wahlmodus, Registrierung, Ueberwachung).

Die **Prioritäten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit** decken sich weitgehend mit den Zielen der SDF. Das im Juni 1992 abgeschlossene **Zahlungsbilanzhilfeabkommen** mit Kamerun ist an die Erfüllung von Bedingungen des Weltbank-Strukturanpassungsprogramms gebunden, das eine Schritt-für-Schritt-Kontrolle ermöglicht.


M. von Grünigen